

**Sendesperrfrist: 23. August 2011, 10.30 Uhr**  
**Es gilt das gesprochene Wort**

## **PRESSESTATEMENT**

von

**Anton F. Börner**

Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel  
Dienstleistungen e.V. (BGA)

### **EUROBONDS: SEGEN ODER FLUCH**

**Wirtschaftliche Lage und Perspektiven  
bei den unternehmensnahen Dienstleistungen  
- Ergebnisse der aktuellen BGA/Creditreform-Unternehmerumfrage -**

**Berlin, 23. August 2011, 10.30 Uhr  
Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz  
Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin**

**[Börner:]** Sehr geehrte Damen und Herren,

die Finanzmärkte schlagen Kapriolen. Realwirtschaftlich machen sie sich bislang noch nicht bemerkbar. Wir haben es derzeit lediglich mit einer zyklischen Abschwächung zu tun nach dem stürmischen Wachstum in den vergangenen Monaten. Doch wenn es uns nicht gelingt, die europäische Schuldenkrise in den Griff zu kriegen, sehe ich die Gefahr einer Rezession, die im schlimmsten Fall zu einer weltwirtschaftlichen Depression führen kann.

Doch zunächst möchte ich nun Professor Rödl bitten, die Ergebnisse der jüngsten Umfrage im Bereich der B2B-Dienstleistungsunternehmen vorzustellen.

**[Aufsührungen Prof. Rödl siehe Statement Prof. Rödl:]**

**[Börner:]**

Meine Damen und Herren,

unsere magere Prognose von 1,75 Prozent für das gesamtwirtschaftliche Wachstum im laufenden Jahr 2011 heben wir leicht an auf zwei Prozent. Für 2012 erwarten wir dann ein deutlich geringeres Wachstum von rund einem Prozent. Doch was die weiteren Wachstumsaussichten betrifft, befinden wir uns derzeit am Scheidepunkt.

**Brutaler Schritt zur Beruhigung der Kapitalmärkte notwendig**

Wenn es der Politik gelingt, die Finanzmärkte in ruhiges Fahrwasser zu bringen, werden die Wachstumsaussichten auch mittelfristig positiv bleiben. Doch bislang kommt sie immer zu spät und wird von den Märkten weiter getrieben.

Wer aber sind „die Märkte“ und was sind die Folgen dieser halbherzigen Politik?

Es sind weniger Spekulanten und Hedgefonds als vielmehr weltweit Versicherungen und Pensionsfonds, denen wir alle – Sparer, Versicherte, Pensionäre und Rentner - unsere Gelder anvertraut haben. Die Portfoliomanager sorgen sich um die künftige Entwicklung nicht nur der bekannten Problemstaaten Griechenland, Portugal und Irland im Euroraum sondern inzwischen auch zunehmend um Spanien und Italien. Das Vertrauen, das Staatsanleihen sicher sind, ist dauerhaft zerstört. Dies führt dazu, dass sie dort nicht mehr investieren und sich von deren Papieren trennen. So entsteht eine Spirale nach unten, bei der dann auch Frankreich, am Ende sogar Deutschland in Schwierigkeiten kommen und ihre beste Bonität verlieren werden. Dies ist ein schleichender Prozess. Weil dadurch das Eigenkapital von Banken verzehrt wird und ihnen niemand neues gibt, droht eine Bankenkrise II, die schnell

die Realwirtschaft erfassen und zwangsläufig in eine tiefe Rezession führen würde. Denn die Staaten haben inzwischen kein Geld mehr, um mit neuen Konjunkturprogrammen die Wirtschaft zu stützen.

### **Auflagen und starker EURO versus Transferunion**

Es ist nun höchste Zeit, dass die Politik das Heft des Handels entschlossen in die Hand nimmt und ein starkes Signal gibt:

- Wir werden Europa als Ganzes verteidigen und sind bereit, bis zum Letzten zu gehen
- Wer gegen Europa spekuliert, wird viel Geld verlieren
- Europa nutzt die Krise, um seine künftige Wettbewerbsfähigkeit in der Globalisierung zu stärken, indem es näher zusammenwächst in Richtung Fiskalunion mit gemeinsamer Wirtschaftsregierung und Durchgriffsrechten in die Nationalstaaten hinein

Deshalb fordern wir jetzt das Instrument Eurobonds mit deutscher Handschrift. Ein Aufstocken der Garantiefonds lehnen wir entschieden ab.

Meine Damen und Herren,

aus der Schuldenfalle kommen wir nur mit Wachstum heraus. Das aber erfordert ruhiges Fahrwasser auf den Kapitalmärkten. Ein Nullwachstum wäre bei steigenden Zinsen bereits katastrophal. Bei Nullwachstum zu versuchen, sich gesund zu sparen, bedeutet ein Totsparen und führt zum Staatsbankrott.

Unverzichtbar für Deutschland und andere bonitätsstarke Länder sind dabei strikte Auflagen für Eurobonds:

- (1) Die Länder müssen eine Schuldenbremse in die Verfassung aufnehmen. Steuererhöhungen zur Haushaltskonsolidierung in den bonitätsschwachen Ländern dürfen kein Tabu sein. Indirekte Steuern sind dazu ungeeignet, da sie die schwachen unteren Einkommensschichten treffen, was in der Folge durch höhere Transferleistungen wieder kompensiert werden muss oder sonst zu sozialen Unruhen führt.

- (2) Sie müssen ihre Verwaltung modernisieren und überflüssiges Personal sowie Privilegien abbauen.
- (3) Der Arbeitsmarkt muss flexibilisiert und die berufliche Ausbildung verbessert werden.

Jedem Land steht es frei, diese Bedingungen zu akzeptieren oder seinen eigenen Weg einzuschlagen. Das heißt aber auch:

- (4) Wenn ein Land diese Auflagen verletzt, insbesondere die Schuldenbremse, verliert es sein Stimmrecht in Europa ohne Wenn und Aber.

Mit anderen Worten: Wir müssen über die Eurobonds endlich verbindlich das einfordern, was in der Vergangenheit nur unzureichend um- und durchgesetzt wurde. Unter diesen strengen Auflagen kosten Eurobonds weniger als die Alternativen. Dann vertiefen sie auch nicht die Haftungsunion, in der wir schon längst sind. Sie sind dann auch ordnungspolitisch vertretbar, weil sie ein wirksames Instrument sind, um den Märkten zu signalisieren, dass sie viel Geld verlieren, wenn sie dagegen halten und damit die Krise verschärfen.

Die Ergebnisse des deutsch französischen Gipfeltreffens am 17. August 2011 weisen zum Teil in die richtige Richtung, sind aber eher mittel- bis langfristig ausgerichtet und reichen nicht aus, die Märkte zu beruhigen. Es deutet sich bereits ein turbulenter Herbst an.

Fazit: Akzeptiert ein Land die Auflagen nicht, ist es besser für die bonitätsstarken Länder ohne dieses zu leben. Andernfalls droht eine Geschichte ohne Ende mit der Folge einer aufgeschobenen Depression mit Geldvernichtung im großen Stil. Dem zwangsläufigen Aufwertungsdruck und der daraus resultierenden Rezession muss dann mit den Mitteln der Geldpolitik abfedernd begegnet werden: Niedrige Leitzinsen, großzügige Versorgung mit Liquidität und eventuell Stützung des heimischen Banken- und Versicherungssektors aufgrund durchzuführender Abschreibungen auf Anleihen der Austrittsländer.

Meine Damen und Herren,

wir appellieren an die Politik, ihren Primat einzufordern und mutig und entschlossen die Märkte zu disziplinieren. Dann wird die Wirtschaft weiter auf Erfolgskurs bleiben. Deutschland und Frankreich müssen es in die Hand nehmen und die Bedingungen diktieren. Es bleiben uns nur noch ein paar Wochen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!